



Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Postamt Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenburg, Amtsbezirk Wildbad. — Verleger: Enzthalbader & Co., Wildbad. — Vorzähler: Gieseler & Co., Wildbad. — Postfach Nr. 281 74.

Druck-Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 56. Telefon 179. — Wohnung: Sternstraße 64.

Nummer 12

Februars 179

Donnerstag, den 16. Januar 1930

Februars 179

65. Jahrgang.

Der Wächter der deutschen Währung

Was im Haag bis jetzt abgemacht worden ist, wissen wir eigentlich nur aus der ausländischen Presse, die natürlich für ihre Zwecke schreibt. Die amtlichen deutschen Mitteilungen beschränken sich auf die Versicherung, daß in allen wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt sei.

Danach darf man annehmen, daß in der Frage der Zahlungstermine die deutsche Vertretung nachgegeben hat. Das bedeutet eine weitere Belastung über das Maß dessen hinaus, was der als Ganzes anzunehmende Youngplan uns bereits zugedacht hatte. Ob die deutsche Vertretung in Sachen der Sanktionen Zugeständnisse gemacht hat, ob hier Bindungen eingegangen worden sind, die wir nicht eingehen wollten, wird sich erst erkennen lassen, wenn der Wortlaut der deutschen Erwiderung auf den französischen Vorbehalt bekannt ist. Der französische Vorbehalt erstrebt ursprünglich für den Fall, daß Deutschland den Youngplan „zerreißen“ sollte, die Rückkehr zu den Sanktionen des Versailles Diktats, das heißt die Wiederbeziehung des Rheinlandes und zwar mit deutscher Zustimmung. Neuerdings heißt es, Frankreich wüßte den eindeutigen Ausdruck vom Zerreißen des Youngplans zu erkennen durch den dehnbaren vom „Bruch“ des Youngplans.

Was ferner die Flüssigmachung des ungeklärten Teils der deutschen Tributschuld angeht, so wissen wir, daß Frankreich schon beim Abschluß der Kreuger-Anleihe unfreundliches Interesse gezeigt hat und auch in Zukunft den deutschen Wettbewerb auf dem Kapitalmarkt so lange ausschalten möchte, bis es etwa eine Milliarde deutscher Reparationsschuldscheine untergebracht hat.

Uebrig bleibt dann noch die Verständigung über die Tributbank, und dazu brauchte man den Reichsbankpräsidenten Schacht als Sachverständigen. Schacht hat schon am 31. Dezember an den amerikanischen Sachverständigen Reynolds einen Brief geschrieben, die Deutsche Reichsbank müsse die Beteiligung an der Reparationsbank vorerst ablehnen, da der Youngplan der zweiten Haager Konferenz nicht mehr derselbe sei, den die Pariser Sachverständigenkonferenz zur unveränderten Annahme empfohlen habe, da entgegen diesem ursprünglichen Youngplan das Recht auf Sanktionen wieder eingeführt werden solle, und da ebenfalls entgegen diesem ursprünglichen Youngplan das deutsche Eigentum in England immer noch nicht sicher sei. Diesen Brief hat die Reichsregierung, wie sie zugibt, getannt.

Man könnte allerdings durch unbegrenzte Hereinnahme fremder Gelder, also durch Auslandsanleihen, den Schein aufrecht erhalten, als könne das deutsche Volk die Tributbank dauernd leisten, ohne in seiner Lebenshaltung herabgedrückt zu werden. Die tödliche Folge müßte aber das Sinken der Kaufkraft der Mark sein, die vielleicht eine Zeit lang dadurch verschleiert werden könnte, daß die Reichsbank entsprechende „zusätzliche Kaufkraft“ schaffen, d. h. neues Geld „machen“ dürfte, wie in jenen Zeiten, als der Reichsbankpräsident noch Reichsbeamter und der Regierung unterstellt war. Das Ende wäre ein noch schwererer Zusammenbruch der deutschen Währung als 1923, eine zweite, schlimmere Inflation. Dem widersteht sich der unabhängige Reichsbankpräsident, dessen Stellung als Wächter der deutschen Währung durch den Dawesplan geschaffen worden ist.

Die Stellung des Reichsbankpräsidenten soll nach dem neuen Bantgesetz dahin abgeändert werden, daß sie gegen den Willen des Reichspräsidenten nicht befehrt werden kann. Die von den Gläubigermächten gewünschte Mitwirkung der Reichsbank bei der BZ, soll ferner nun nach dem Beschluß des Reichskabinetts durch ein Reichsgesetz sichergestellt werden. Dr. Schacht hat darauf erklärt, er werde sich dem Gesetz unterwerfen und sei unter dem Zwang des Gesetzes bereit, an der Aufgabe mitzuarbeiten, die er persönlich für unlösbar halte und für die er keine moralische Verantwortung übernehmen könne.

Die neuen Pfänder

Durch belgischen Vertrauensbruch sind die Bestimmungen stückweise bekannt geworden, nach denen in Artikel 13 des Entwurfs des Schlußprotokolls die Pfänder, Vorkaufrechte und Sicherheiten neu festgesetzt werden. Danach sollen für die Youngzahlungen künftig haften: die direkten Steuern aus der Reichsbahn, die den Reparationen zufließen, die Reichseinkünfte aus der Tabak-, Bier-, Branntwein- und Weinsteuer, sowie diejenigen aus den Zöllen. Die Gläubigermächte wollen offenbar auf diese Weise die unmittelbare Verpfändung dieses Teils der Reichseinnahmen als Nebensicherung über den ursprünglichen Youngplan hinaus in das Haager Abkommen hineinarbeiten.

Schacht nicht umgefallen

Essen, 15. Jan. Der nach dem Haag entsandte Berichterstatter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hatte eine Unterredung mit der Dr. Schacht, in der u. a. erörtert wurde, ob man von einem „Umfall“ Schachts sprechen könne. Der Reichsbankpräsident gab folgende Erklärung: Ich kann nicht verhindern, daß über mich Fallsch-

Tagespiegel

Von der Haager Konferenz wird nichts Neues gemeldet. Von der Absicht der Reichsregierung, die Reichsbank durch Reichsgesetz zur Mitwirkung der BZ, zu verpflichten, wurde zum Glück Kenntnis genommen. Die Fragen der Mobilisierung, der Sanktionen usw. blieben noch offen.

Der Organisationsausschuß für die BZ, trat unter Beteiligung Dr. Schachts am Mittwoch nachmittag wieder zusammen.

Die Reichsregierung hat der französischen Formulierung der Sanktionen zugestimmt.

Die Verhandlungen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das in Genf behandelt wurde, werden voraussichtlich nach Schluß der Ratstagung (Donnerstag) in Warschau zu Ende geführt werden.

Oberbürgermeister Böhm in Berlin soll nun wirklich amtsmüde geworden sein und hoffe, daß er pensioniert werde.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug am 8. Januar rund 1 920 000 und entsprach ungefähr dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit in der Metallwirtschaft soll zum Teil auch auf eine Rationalisierung derartiger Betriebe zurückzuführen sein.

Meldungen verbreitet werden und daß sie angegriffen werde. Mein Standpunkt ist entgegengekehrt den Meldungen durchaus klar und von einem Umfall kann gar keine Rede sein. Ich erkläre nochmals, daß die Reichsbank sich einem neuen Gesetz selbstverständlich zu fügen hätte und sich fügen würde. Dagegen wird der Reichsbankpräsident als solcher persönlich aus sich heraus zu entscheiden haben, ob er sich diesem Gesetz fügen kann oder nicht, ob er bleibt oder geht. Ich habe durchaus keinen politischen Ehrgeiz, und wenn mir „Gefahrenwahn“ angedichtet wird, so läßt mich das kalt. Mein Standpunkt hat sich auf jeden Fall nicht geändert.“

Die Verschuldung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung

Nach dem Bericht der Reichsanstalt begann der gegenwärtige Winter mit einer Verschuldung der Anstalt an das Reich von 300 Millionen Mark. Bis zum Ende des am 31. März 1930 ablaufenden Geschäftsjahres wird das Reich nach Maßgabe der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen weitere 250 Millionen Mark zuschießen müssen. Die Reichsanstalt wird demnach ihr neues Etatsjahr mit einer Gesamtverschuldung von 550 Millionen Mark beginnen. Die im Herbst 1929 beschlossene und bis zum 30. Juni 1930 befristete Beitragserhöhung von 1/2 Prozent kann, selbst wenn sie verhängt werden sollte, diese Verschuldung nicht ausgleichen, um so weniger, als die für das Geschäftsjahr 1930 angenommene Durchschnittszahl von 1,2 Millionen Erwerbslosen zu niedrig gegriffen ist. Rechnet man mit einem Unterstützungsaufwand von 76 Mark je Kopf und Monat des Erwerbslosen, so ergibt sich ein reiner Unterstützungsaufwand der Reichsanstalt von 1100 Millionen Mark.

Bei Berücksichtigung der Ausgaben für Kurzarbeiterunterstützung, Verwaltungskosten und sonstige Beanspruchung erhält man jedoch eine Gesamtausgabe von rund 1250 Millionen Mark, der ein Beitragsaufkommen von nur 922 Millionen Mark gegenübersteht, so daß ein Abmangel von rund 330 Millionen Mark als neues Darlehen vom Reich angefordert werden muß; ein Beitrag, der sich auch bei einer etwaigen Verlängerung der befristeten Beitragserhöhung nicht wesentlich verringert. Somit wird die Darlehenslast der Reichsanstalt, die am 1. April 1930 550 Millionen Mark beträgt, am 1. April 1931 mit 880 Millionen Mark einzuschätzen sein.

Neue Nachrichten

Fünf Matrosen aus der Reichsmarine ausgeschlossen

Berlin, 15. Jan. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums sind fünf Matrosen des Linienschiffs „Hessen“ aus der Reichsmarine ausgeschlossen worden, weil sie mit der kommunistischen Partei in Verbindung standen.

Die Besetzung in Bayern

München, 15. Jan. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags hat einen sozialdemokratischen Antrag, daß bei Reichsanlässen die öffentlichen Gebäude in Bayern auch in den Farben Schwarzrotgold besetzt werden, mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Die Klage Hitlers

München, 15. Jan. Vor dem Amtsgericht München be-

gann gestern die Verhandlung in dem Verleumdungsprozeß, den Adolf Hitler gegen den Schriftleiter der „Telegraphen-Zeitung“ Rabe angestrengt hat, weil dieser behauptet hatte, Hitler habe den Kronprinzen Rupprecht in Sachen des Volksbegehrens „bedroht“. Hitler, der zuerst das Wort erhielt, erklärte, die Nationalsozialisten lassen die Frage der Staatsform, ob Monarchie oder Republik, zunächst offen. Als aber der Reichstagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei Loibl öffentlich erklärte, Kronprinz Rupprecht verurteile das Volksbegehren, da sei das ein Schlag für alle gewesen, dem er (Hitler) habe entgegenzutreten müssen, und er habe verlangt, daß der Prinz die Meldung dementiere. Der mit dem Prinzen befreundete Kunstmaler und Outsbester Reichel habe darauf mit dem Prinzen verhandelt, dieser habe aber, auf einen Artikel Hitlers hin, daß die Nationalsozialisten ihren monarchischen Gedanken zu „revidieren“ gezwungen sein würden, weitere Verhandlungen abgelehnt. Zeuge Doerst v. Lenz bekundet, er habe den Prinzen schon zu Anfang des Volksbegehrens davon unterrichtet. Der Prinz sei über das Unternehmen sehr erfreut gewesen, habe aber die Unterschrift abgelehnt, weil er über den Parteien bleiben müsse. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Reichstagsabgeordnete Loibl keineswegs ermächtigt war, von der Ablehnung der Unterschrift in der Öffentlichkeit parteipolitisch Gebrauch zu machen und daß der Prinz diesen Mißbrauch mißbilligte.

Baden will selbständig bleiben

Karlsruhe, 15. Jan. In der von Staatspräsident Schmitt gestern im Landtag verlesenen Regierungserklärung wird hervorgehoben, die badische Regierung werde den von dem Unterausschuß der Länderkonferenz empfohlenen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern alter Art mit eigener Staatlichkeit gehören müsse. Ein endgültiges Finanzgesetz in Baden sei erst nach Beendigung der Reichsfinanzreform möglich, denn diese müßte, so wie sie geplant sei, die ganze Grundlage der Länderverhältnisse erschüttern. Die badische Regierung sei bezüglich der Reichssteuerreform der Meinung, daß ein Dotationsystem abzulehnen sei. Die Länder wollen und müssen vielmehr eigene Steuern haben. Ebenso bestehe gegen die Senkung der Länderanteile an der Einkommensteuer von 71 auf 60 v. H. und an der Umsatzsteuer von 30 auf 25 v. H. die schwersten Bedenken. Die Erklärung betont zum Schluß das Recht des Landes Baden auf die Eisenbahnerestabfindung, die auf einem feierlichen Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Eisenbahnländern beruhe.

Arbeitslosenunruhen in Worms

Worms, 15. Januar. Am Montag und Dienstag kam es bei Kundgebungen Arbeitsloser zu schweren Ausschreitungen. Aus der Masse der Arbeitslosen wurde auf die Polizei geschossen, wobei ein Beamter verwundet wurde. Die Polizei gab darauf ebenfalls Schüsse ab, wobei ein junger Mann getötet wurde.

100 000 Dollar für russische Geheimwerbung

Paris, 15. Jan. Der ehemalige Botschafter der Pariser Sowjetbotschaft, Bessedowski, wurde in Moskau in Abwesenheit wegen Unterschlagungen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bessedowski, der inzwischen in Paris in zahllosen Zeitungsartikeln Enthüllungen über die Sowjet Herrschaft gemacht hat, erklärt, er fordere die Sowjetregierung auf, die Empfangsbefestigungen über jene Summen zu veröffentlichen, die er angeblich unterschlagen habe. Es habe sich nämlich um Beträge gehandelt, die weit höher seien, als das Moskauer Gericht angegeben habe. Für Geheimagitation in Frankreich seien 100 000 Dollars durch seine Hände gegangen.

Württembergischer Landtag

Die Aussprache eröffnete der Abg. Ulrich (Soz.): Der Finanzminister verdiene ein Kompliment für die rechtzeitige Vorlegung des Etats 1930/31. Wir verlangen eine kritische Überprüfung auch der Etatkapitel, die diesmal nicht aufgenommen worden sind. Anzuerkennen ist die sparsame Aufstellung des Etats. Seit sechs Jahren werde dem Landtag ein irreführendes Bild von den württembergischen Staatsfinanzen gegeben, weil man den Gemeinden den Brotkorb immer höher hängen und die Kulturaufgaben zurückstellen wolle. Die Bemühungen des Reichsfinanzministers Hilferding, den Reichsetat zu balancieren, seien am Widerspruch der bürgerlichen Parteien gescheitert. Die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums haben kein Recht, Hilferding irgend einen Vorwurf zu machen. Es ist ein Unglück, daß die Reichsregierung von Gnaden des internationalen Bankkapitals und dessen König von Dawes-Gnaden, Dr. Schacht, abhängig ist. (Zuruf rechts: Dr. Schacht wurde von Ebert ernannt.) Eine Bürgerblockregierung in Württemberg würde die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpfen.

Württembergischer Landtag

Die Rede des Finanzministers

Stuttgart, 15. Januar.

Nach der Eröffnung der gestrigen Sitzung durch Präsident Pflüger und der Beantwortung einer Kleinen Anfrage durch Regierungskommissar Köstlin ergriff das Wort

Finanzminister Dr. Dehlinger:

Mit dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1930 habe ich für das siebente Rechnungsjahr die Verantwortung für die Staatswirtschaft übernommen. Ueber den Stand der Staatsfinanzen kann ich die beruhigende Erklärung abgeben, daß sich zum Glück die württ. Staatsfinanzen bisher noch geordnet und gesund erhalten haben, daß das Betriebskapital der Staatshauptkasse noch in der vollen Höhe von 16 Millionen RM. vorhanden und daß der Staat noch ohne Aufnahme von schwebenden oder dauernden Schulden durchgekommen ist, wenn ich von den zehn Millionen absehe, die die Wohnungskreditanstalt zu tilgen und zu verzinsen hat. Aber angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in der deutschen Wirtschaft und der Finanzen im Reich und in anderen Ländern und bei der Unsicherheit der außenpolitischen Lage ist die größte Vorsicht für unsere Staatswirtschaft geboten.

Seit dem Jahr 1926 reichen beim ordentlichen Dienst der laufenden Verwaltung die Einnahmen nicht mehr zur Deckung der Ausgaben aus. Für das Jahr 1928 war aber aus den Restmitteln nur ein Betrag von etwas über einer Million RM. zum Ausgleich erforderlich. Dieses günstige Ergebnis ist vor allem der bis dahin guten Entwicklung der Steuern, namentlich der Reichsteuern, zu verdanken. Die Mehreinnahmen hieraus haben gegenüber den Planfällen 7 Millionen RM. beigetragen, wenn ich von der als Zwecksteuer hier auszuscheidenden Kraftfahrzeugsteuer absehe. Bei den Nützlichungen des Staatsvermögens ist ferner ein Mehretrag von nicht ganz 4 Millionen RM. angefallen, zu dem in erster Linie die Domänen, die Forsten und die Zinsen bei der Staatshauptkasse beigetragen haben. Endlich haben sich bei den Rechnungsabzügen auch noch bedeutende Einsparungen ergeben von zusammen rund 3,75 Mill. RM., außerdem beim Schuldentilgungsdienst. Diese Verbesserungen sind jedoch durch beträchtliche Mehrausgaben bei der Finanz- und Wirtschaftsverwaltung, vor allem aber bei den Ruhegehältern abgemindert worden.

Auch das in 2 1/2 Monaten zu Ende gehende Rechnungsjahr 1929 wird nochmals nicht ungünstig abschließen, leider nicht durch seine eigene Entwicklung, die keine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag zeigt, sondern, wie schon die drei vorhergehenden Jahre 1926, 1927 und 1928, nur mit Hilfe der durch eine sorgfältige Staatswirtschaft noch aus den Ueberschussjahren 1924 und 1925 geretteten Restmittel, die wider Erwarten für 1928 nur in geringem Ausmaß benötigt worden sind.

So wird es gelingen, das kann ich jetzt schon mit Zuversicht aussprechen, auch für 1929 den nach dem Voranschlag vorliegenden Abmangel von 10,7 Millionen RM. in vollem Umfang abzudecken, vorausgesetzt, daß nicht noch ganz außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten. Für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr 1930 können wir noch einmal 4,8 Millionen RM. verfügbare Restmittel, die wir für 1929 voraussichtlich nicht mehr benötigen werden. Trotz dieser außerordentlichen Hilfe bleibt aber noch ein Abmangel von 9,5 Millionen RM. Schon im letzten Jahr hat der Voranschlag einen Abmangel von 10,7 Millionen RM. aufgewiesen, und da bin ich in diesem hohen Hause gefragt worden: Wie können Sie so etwas verantworten? Dieselbe Frage wird heute wiederkehren. Ich kann es für ein Rechnungsjahr aus einer Reihe von Gründen:

Einmal, weil wir aus den bisherigen Rechnungsjahren keinerlei Fehlbeträge nachschleppen müssen; wir haben also den Rücken völlig frei.

Zweitens haben wir noch ein vollständig intaktes Betriebskapital der Staatshauptkasse von 16 Millionen RM., aus dem nach den alten Grundregeln der württ. Staatsfinanzverwaltung zunächst der ungedeckte Abmangel vorzugeschossen werden muß; der Kassenbedarf erscheint daher auch trotz des Abmangels für das ganze Rechnungsjahr sichergestellt.

Es darf in Württemberg nie dazu kommen, daß dieses Betriebskapital aufgehoben und ausgezehrt und damit die

pünktliche Bezahlung der Ausgaben des Staats, insbesondere der Gehälter und Pensionen der Beamten, gefährdet wird, wie wir es im Reich wiederholt erlebt haben.

Ein dritter Grund, der den Planabmangel vertretbar erscheinen läßt, ist, daß wir noch große Forderungen an das Reich haben, so insbesondere aus dem Uebergang der württ. Postverwaltung auf die Reichspost. Wir sind bekanntlich vor Jahresfrist gezwungen gewesen, die uns zustehende Postabfindung beim Staatsgerichtshof einzulagern. Seither ist das Verfahren nicht vorangegangen. Das Reich hat es hinausgeschögert und jetzt in Aussicht genommen, diese Angelegenheit in einem besonderen „Abrechnungsgesetz“ zu regeln; wir holten dies — nebenbei bemerkt — rechtlich nicht für zulässig, weil es sich um Vertragsrecht handelt, das nicht einseitig durch Gesetz geändert werden kann. Die Schädigungen, die uns hier vom Reich zugefügt worden sind, sind außerordentlich groß; es hat als Aufwertungssumme für die Postabfindung nur 14 Millionen RM. genannt, während nach dem Staatsvertrag unser wohl begründeter Anspruch auf 250 Millionen RM. geht; und selbst wenn man, wie das Reich, nach den Aufwertungsgrundlagen rechnen wollte, käme man heute auf mindestens 70 Millionen RM. Für die ganze rückliegende Zeit seit dem Inflationsende stehen uns auch die Zinsen mit 4,5 vom Hundert noch zu, die der Laufenden Verwaltung zu gut zu kommen hätten. Ebenso sind die Ansprüche des Staats gegen das Reich aus der Ueberlassung der Steuer- und Zollgebäude seit 1. April 1920 noch nicht befriedigt.

Wegen der Deckung des Abmangels kann man erst im nächsten Jahr endgültig Stellung nehmen, sobald der wirkliche Ablauf des Staatshaushalts zu übersehen ist. Jedenfalls haben wir dann in dem Betriebskapital von 16 Millionen noch Mittel, die wir teilweise einwerfen können, so daß wir mit dem nach dem Voranschlag vorhandenen Abmangel von 9,5 Millionen nicht in ernste Gefahr kommen.

Eine Erhöhung der Landessteuern kann die jetzige Regierung nicht ins Auge fassen; bleibt also nur die Einschränkung der Ausgaben. Aber welche Staatsausgaben könnten überhaupt noch gekürzt oder gestrichen werden? Die Hauptausgaben des Staats entfallen auf die persönlichen Ausgaben, nämlich 154,3 Millionen = 60 v. H. Aber gerade bei diesen Hauptausgaben kann man jedenfalls für das Jahr 1930 nichts streichen, weil hier gesetzliche Bindungen vorliegen. Das Staatsministerium hat sich darauf beschränkt, in den Entwurf des Personalplans für 1930 nur die unbedingt notwendigen Verbesserungen der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Beamten aufzunehmen. Diese verursachen einen Mehraufwand von 225 000 RM. im Jahr. Nicht inbegriffen hierin sind Ausgabesteigerungen aus der Vermehrung unständiger und der Angestelltenstellen, sowie infolge der normalen Vorrückungen. Dieser Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr berechnet sich auf nicht ganz eine Million. Wenn nunmehr auch noch diese Härten beseitigt sein werden, dann muß aber Ruhe eintreten. Das Staatsministerium hält es für unmöglich, in absehbarer Zeit noch weiteren Beamtenwünschen entgegenzukommen. Eine Reform der Befoldungsordnung muß abgesehen werden; auch Stellenhebungen müssen jetzt im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Nur da, wo ganz dringende Bedürfnisse der Verwaltung Änderungen am Personalplan nötig machen, kann künstlich noch an solche — aber auch hier nur mit äußerster Zurückhaltung — gedacht werden.

Es bleibt nur noch die Frage, ob an den sachlichen Ausgaben noch gespart werden kann, die 101,9 Mill. = 40 v. H. der Gesamtausgabe betragen und gegenüber dem Vorjahr bereits um 2,7 Mill. herabgemindert worden sind.

Leider lassen sich aber auch die Staatseinnahmen nicht erhöhen. Ihre Entwicklung zeigt ein ganz unerfreuliches Bild. Große Sorgen bereiten die Einnahmen aus den Staatsforsten. Durch die Holzsteinfuhr aus Rußland wird die deutsche Holzwirtschaft sehr gestört. Die Holzpreise bröckeln gegenwärtig immer mehr ab. Nadelstammholz galt im Januar 1929 105 v. H., im Dezember nur noch 88 v. H. des Normalpreises. Wird nicht ein ausreichender Schutz mittels Zoll- und Frachtarbeitsverbesserungen gegen die russische Holzsteinfuhr geschaffen, so sind in den nächsten Jahren noch weitere starke Preisrückgänge und Rückgänge der Staatseinnahmen aus dem Holzzerlös zu befürchten. Bei einem Holzzerlös von 60—65 v. H. würde überhaupt kein

Reinertrag mehr vorhanden sein. Schnellstes Handeln ist unbedingt nötig.

Auch aus den Steuern können wir auf keine höheren Erträge hoffen, als sie veranschlagt sind. Die Reichssteuerüberweisungen sind seit ein paar Monaten wesentlich geringer als im Vorjahr. Hier drohen große Gefahren. Bessere drohen uns aus einer Milderung des Finanzausgleichs mit dem Reich. Hier wissen wir noch gar nicht, wo wir dran sind. Was den inneren Finanzausgleich anlangt, so wird mir immer die besondere Bosheit zugetraut, daß ich den Gemeinden möglichst wenig Einkünfte zuweise und ihnen die größten Lasten aufbürde. Die Finanzstatistik 1926/27 bestätigt aber, daß die Gemeinden in Württemberg nicht schlechter behandelt werden als anderwärts. In Württemberg nimmt z. B. der Staat 45 v. H. des gesamten Zuschußbedarfs auf sich, in Preußen nur 35 v. H. Der Ausgleich innerhalb der Gemeinden, der sog. interkommunale Lastenausgleich, soll jetzt durch das Gesetz zur Milderung der Landessteuerordnung und des Gemeindesteuergesetzes erfolgen.

Zum Schluß erklärt der Minister: Der Entwurf ist gewissenhaft aufgestellt ohne Färbung, Frisurierung und Verschleierung. Man muß sich vor Augen halten, welche unsichere und zum Teil gefährliche Faktoren besonders in der Entwicklung der Fortschrittsfaktoren der Steuereingänge und des Reichsfinanzausgleichs liegen. Auch der Bedarf bei den Ruhegehältern steigt immer noch. Wer fälschlicherweise annehmen wollte, der Abmangel sei nur ein fiktiver, der müßte eine Senkung der Steuerbelastung anregen. Das wäre der sichere Weg, um in die gleich großen Schwierigkeiten zu kommen wie das Reich. Die Befoldungsneuregelung hat annähernd 30 Mill. RM. im Jahr mehr erfordert, wozu etwa 7 Millionen von den Gemeinden zu ersetzen sind. Diese Belastung wird sich immer schwerer auswirken. In dieser Steigerung der Befoldungsleistungen liegt hauptsächlich der Grund, warum die laufende Verwaltung zu einer Minusverwaltung geworden ist, die ihre Ausgaben nicht mehr voll aus ihren eigenen Einnahmen decken kann. Das ganze Bestreben muß darauf gerichtet sein, die Finanzen des Staats gesund und geordnet zu erhalten, und das ist die Lebensfrage für unser Württemberger Land und Volk. (Lebhafter Beifall.)

Württemberg

Stuttgart, 15. Januar.

2,1 Millionen weniger Reichssteuer-Ueberweisungen. Der 103. Gemeinderat hat folgende Anfrage an das Stadtschultheißenamt gerichtet: „Nach dem kürzlich dem Landtag zugegangenen Entwurf eines Änderungsgesetzes zur Landessteuerordnung und zum Gemeindesteuergesetz soll der Anteil der Stadt Stuttgart an den Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer- und Umsatzsteuerüberweisungen um den Betrag von rund 2,1 Millionen Mark gekürzt werden. Diese Kürzung der Reichssteueranteile würde 2,1 Prozent des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteueranteils entsprechen. Ich frage an, was das Stadtschultheißenamt gegen diese Absicht des Entwurfs, die im Falle ihrer Verwirklichung die ohnehin sich zuspitzende Finanzlage der Stadt außerordentlich verschlechtern und die Gefahr einer Umlageerhöhung mit sich bringen müßte, zu unternehmen gedenkt.“

ep. Eingabe wegen Beeridigung von Selbstmördern. Der Landesausschuß der religiösen Sozialisten in Württemberg hat sich in einer Eingabe an den Evang. Oberkirchenrat gewandt, die die Abschaffung der bisherigen Bestimmungen über die kirchliche Beeridigung von Selbstmördern anregt. Nach den bestehenden Bestimmungen hat der Geistliche zu prüfen, ob der Selbstmord im Zustand der Zurechnungs-fähigkeit begangen worden ist oder nicht. Im bestehenden Fall ist der regelmäßige liturgische Begräbnisakt zu ver-sagen. Im Zweifelsfall soll aber jeweils eine mildere Beurteilung walten. Der Landesausschuß glaubt nun, daß die bestehenden Bestimmungen den infolge der drückenden sozialen Verhältnisse der Zeit vermehrten Selbstmordfällen und dem heutigen sittlichen und religiösen Empfinden nicht mehr gerecht werden. Wie wir hören, ist ohnedies in Aus-sicht genommen, die Behandlung der Beeridigung von Selbstmördern anläßlich der Neufassung des Kirchenbuchs 2 neu zu ordnen.

Adolf Stern, das Spezialgeschäft der großen Auswahl, der billigen Preise für Herren-, Jünglings- und Knaben-Konfektion. Bekleidung für den Wintersport. Wilhelmstr. 11.

Die verräterische Hundertdollarnote.

Kriminalroman von Walter Krause.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Den Voltzeigewaltigen dauerte die junge Dame, der auf so tragische Art und Weise der Herzallerliebste geraubt wurde. Er war im Grunde genommen eine mitleidige Seele, was eigentlich nicht so recht zu seinem Verufe passen wollte. Fast väterlich sprach er dem schwergeprüften Mädchen, das in so kurzer Zeit Vater und Bräutigam verloren hatte, Trost zu, bis die Tränen der jungen Miß langsam versiegten und sie mit einem hilflosen Blick zu ihm aufschah. Dann erklärte er ihr, leise und zögernd, als befürchtete er, ihr wehe zu tun, mit wohlwollenden Worten, daß sich ihr Bräutigam zwar schon bei einer höheren Instanz befinde, daß er aber alles aufbieten wolle, den wirklichen Mörder zu fassen, sofern sich eben herausstellen werde, daß Heinz von Moorburg unschuldig sei. „Ich werde sofort einen meiner tüchtigsten Beamten nach Ihrer Villa beordern, damit er eine gründliche Untersuchung an Ort und Stelle des Verbrechens vornehmen kann“, waren seine letzten Worte, die er der noch immer Schluchzenden zuflüsterte.

Dann geleitete er seinen vornehmen Besuch bis zur Türe seines Büros und verabschiedete sich von ihr in der höflichsten Weise.

2.

William Spencer, so hieß der vom Polizeipräsidenten zur Untersuchung des Falles abgeschickte Kriminalkommissar, traf pünktlich eine Stunde später nach der oben beschriebenen Unterredung in der Villa des ermordeten Petroleumkönigs Phil. Morgan ein und vernahm sofort das gesamte Dienstpersonal. Diese Vernehmung war insofern wichtig, als ein Umstand festgestellt wurde,

der das überraschende Resultat einer zweiten Verhaftung zur Folge hatte.

Es wurde festgestellt, daß ein bei dem Verstorbenen angestellter Einkäufer namens Henry Smith nach dem Mord gesehen wurde, wie er sich in der Nähe der Villa und hauptsächlich im Park in verdächtiger Weise herumtrieb.

Ein Diener, der spät nach Hause gekommen war, hatte ihn gesehen und auch erkannt und diese seine Aussagen unter Eid genommen. Das Sonderbarste dabei war, daß kein Mensch eine Ahnung von seiner Anwesenheit hatte, weil er im Auftrage des ermordeten Phil. Morgan schon seit zwei Tagen verreist war und vor acht Tagen nicht zurück erwartet wurde, auch nicht zurück erwartet werden konnte, da die Fahrt nach Chicago, wohin er beordert war, um Cel einzukaufen, hin und zurück schon volle acht Tage in Anspruch nahm.

Was veranlaßte nun den Einkäufer, diesen Auftrag nicht auszuführen, denn daß er nach Chicago gefahren war, schien ausgeschlossen, und in New York zu bleiben und jetzt nach der Villa seines Chefs zurückzukehren, bzw. sich in ganz verdächtiger Art und Weise vor der Villa und im Park herumzutreiben? Geradezu auffällig war es auch, daß er um das Gartenhäuschen, in dem Heinz von Moorburg, der deutsche Schiffskapitän, schlafend und blutüberströmt gefunden wurde, herumgeschlich, sein Ohr lauschend an das Schlüßelloch der Tür legte, zu den kleinen Fensterchen hinein spähte und alle diese Tatsachen eintraute und ohne Umschweife zugeb. Konnte er es daher nicht gewesen sein, der den bei Moorburg vorgefundenen Dolch an des Letzteren Seite gelegt hatte, in der Absicht, den Verdacht auf jenen zu lenken?

Die Ansichten waren nun nach der Feststellung dieser Tatsachen wieder vollständig geteilt. Sicherlich konnte

nach alledem kein anderer der Mörder des Mister Morgan sein als dessen Angestellter, der Einkäufer Henry Smith, der auch durch sein Aeußeres keinem Menschen gefallen konnte, denn die Natur hatte ihn steinmütterlich genug behandelt, so daß er als direkt häßlich bezeichnet werden mußte und in den Berken und Kantoren sowohl als auch in der Villa durch sein beobachtendes, schleichendes Wesen nirgends Vertrauen erweckte, ja geradezu gefürchtet und verhaßt war. Man ging ihm aus dem Wege, wo man nur konnte. Einem solchen Menschen, der von der Natur schon so gekennzeichnet war, mußte man ja schließlich auch das Schlimmste zutrauen.

Man erinnerte sich nun auch sofort eines Falles, welcher sich schon vor Jahren ereignete und inzwischen der Vergessenheit anbeimgelassen war und der die plötzliche Entlassung eines der tüchtigsten Korrespondenten des New Yorker Hauptkontors zur Folge hatte, weil ihn Herr Smith denunzierte und dadurch ins Unglück stürzte. Doch er bei dem nunmehr verstorbenen Phil. Morgan so viel Vertrauen genoss, das hatte er sicher seinem kriegshunden, scheinheiligen Wesen zu verdanken und dem Umstande, daß Mister Morgan, wie dies ja so oft von dem Generaldirektor Dr. Gaston de Wiliers ausgesprochen und betont wurde, absolut keine Menschenkenntnis besaß.

Jetzt dürfte dies bald anders werden. Der erste geschäftliche Akt des Generaldirektors dürfte die Entlassung Smiths sein, denn ersterer machte nie ein Hehl daraus, daß er dieses „Spitzbubengesicht“, wie er Smith in seiner bezeichneten Weise nannte, nicht leiden und ausstehen konnte. Aber wahrscheinlich würde Smiths Entlassung unnütz und überflüssig werden durch seine erfolgte Verhaftung. Denn daß ihn der Staatsanwalt nicht mehr loslassen würde, das galt allgemein als sicher und ausgemacht,

Fortsetzung folgt.

Inventur- Ausverkauf

Krüger & Wolff

PFORZHEIM.

Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion

Gut wie immer — billiger denn je
kaufen Sie

Damen- und Kinder- Konfektion

während des Ausverkaufs. Nie wieder können Sie
unsere bekannt guten Qualitäten zu derartig billigen
Preisen erstehen.

Die Preisermässigung beträgt
20—60%

Unser gesamtes Lager:

Moderne Mäntel, elegante Kleider,
Kindermäntel, Pelzmäntel,
Strickkleider, Morgenröcke usw.
zu unglaublich billigen Preisen!

Sport

Neue Pläne Hermann Köhls. Wie aus dem Ozeanflieger Hermann Köhl nachstehenden Fliegerreisen verlautet, trägt sich Köhl mit neuen größeren Plänen. Köhl, der anfangs Dezember nach Amerika gefahren ist, um auf hoher See neue für den Gebrauch im Flugzeug bestimmte optische und nautische Instrumente deutscher Firmen auszuprobieren, wird voraussichtlich am Donnerstag abend mit der „Deutschland“ in Hamburg wieder eintraffen. Die Versuche mit den neuen Instrumenten sollen vorzügliche Erfolge gezeitigt haben. Köhl, der in Begleitung eines ihm befreundeten Amerikaners zurückkehrt, wird voraussichtlich die Vorbereitung zu einem neuen Ueberseeflug in Angriff nehmen. Infolge des Umfangs der Vorarbeiten wird voraussichtlich erst in einigen Monaten der Start zu dem neuen Flug erfolgen können. Wie es heißt, sollen diesmal die Azoren angefliegen werden.

Vom Schwäb. Sängerbund. Die Mitgliederversammlung des Schwäb. Sängerbundes wird voraussichtlich am 13. April in Schweningen stattfinden.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs. 15. Jan. 4,1815 G., 4,1895 B.
Dt. Abl.-Anf. 50,25.
Dt. Abl.-Anf. ohne Ausf. 8,50.

Berliner Geldmarkt. 15. Jan. Tagesgeld 5,5—7,5 u. S., Monatsgeld 7,5—9 u. S.

Privatdiskont: 6,25 u. S. kurz und lang.

Der erhöhte Weizen- und Roggenzoll. für Weizen 9,50, für Roggen 9 Mk., soll durch Verordnung der Reichsregierung am 20. Januar in Kraft treten.

Die Zunahme der europäischen Zuckerverzeugung. Nach dem Ergebnis einer vom 1. bis 11. Januar 1930 veranstalteten Umfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckersachstatistik wird die Zuckerverzeugung sämtlicher Fabriken der von der Statistik erfaßten 15 europäischen Staaten für 1929/30 voraussichtlich 5 482 774 Tonnen gegen 5 302 050 Tonnen Rohzuckerwert im Jahre 1928/29 betragen. Das bedeutet eine Vermehrung um 3,41 Prozent. Die voraussichtliche Zuckerverzeugung Deutschlands wird mit 1 086 315 Tonnen gegen 1 864 379 Tonnen angegeben oder 4,93 Prozent mehr.

Zahlungseinstellung. Die Holzgroßhandlung Rudolf Birlebach in Düsseldorf hat mit 630 000 Mark Verpflichtungen die Zahlungen eingestellt.

Bei der Abwicklung des Konkurses der Bank Fiorino u. Sichel in Kassel, deren Zusammenbruch so viele Firmen mitgerissen hat, ergab sich eine reine Ueberschuldung von 910 000 Mark.

Norddeutscher Elopff Bremen. Dampfer „München“ am 13. Januar um 20 Uhr in Neuyork eingetroffen.

Stapellauf eines Reparationsdampfers. Auf der Deschmag-Werft in Bremen ist am 14. Januar der auf Reparationsrechnung gebaute Personendampfer „De Beauté“ vom Stapel gegangen. Der Dampfer hat eine Länge von 93 Meter und eine Breite von 13,20 Meter. Er soll auf der Linie Rijza—Korsika eingesetzt werden.

Zahlungseinstellungen. Folgende Firmen haben die Zahlungen eingestellt: Die seit 85 Jahren bestehende Großfabrik Johann Jakob Erben und Klein u. Diederichs G.m.b.H. (Seidene und halbseidene Bänder) in Barmen; Tuchgroßhandlung Friedmann u. Käß, Dresden (Schulden 15 000 M.); Luftverkehrsgesellschaft m. b. H., Hamburg.

Stuttgarter Börse. 15. Jan. Bei fester Grundstimmung konnten sich die Kurssteigerungen heute fortsetzen.
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse. 15. Jan. An der heutigen Börse notierten Baumwollgarne in Dollar-Cents bezw. Reichsmark: engl. Troffel, Warp und Pintos Nr. 20 66—68 bzw. 2,77—2,86, Nr. 30 77—79 bzw. 3,23—3,32, Nr. 36 79—81 bzw. 3,32—3,40, Pintos Nr. 42 82—84 bzw. 3,44—3,52. Von Baumwollgeweben in Dollar-Cents bzw. Reichsmark: Cretonnes 12,12—12,40 bzw. 51,2—52,1, Renforces 10,9—11,2 bzw. 45,8—47, glatte Cattunes oder Croises 9,3—9,5 bzw. 39,1—39,9 d. Meter.
Nächste Börse Mittwoch, 15. Februar. An diesem Börsen tag findet nachmittags 3 Uhr die Mitgliederversammlung statt.

Berliner Getreidepreise. 15. Jan. Weizen märk. 24,60—24,90, Roggen 15,80—15,90, Braugerste 18—19, Futter- und Industrie gerste 13,80—14,60, Hafer 13,80—14,60, Mais 15,30, Weizenmehl 30—35,50, Roggenmehl 22,25—25,50, Weizenkleie 10,25 bis 10,75, Roggenkleie 9—9,50.

Frankfurter Getreidebörse. 15. Jan. Weizen 26,75, Roggen 18,50, Braugerste 20, Hafer inf. 17,50, Mais mixed 17,25, Weizenmehl südd. Spez. 0 39,25—40, Roggenmehl 26,50—27,75, Weizenkleie 8,75—8,90, Roggenkleie 9,25—9,50. Tendenz ruhig.

Bremen. 15. Jan. Baumwolle Middling Universal Standard 100,00.

Württ. Edelmetallpreise vom 15. Jan. Feinsilber Grundpreis: 64,40, dto. in Körnern: 63,40 G., 64,40 B., Feingold 2800 G., 2814 B., Ausfuhr-Platin 6,80 G., 7,80 B.

Märkte

Schlachtochmarkt Heilbronn. 15. Jan. Zufuhr: 10 Bullen, 61 Jungrinder, 19 Rülbe, 82 Rälber, 218 Schweine. Preise: Bullen a 47—49, b 44—46, Jungrinder a 52—54, b 46—48, Rülbe a 30—35, b 24—26, Rälber a 82—84, b 76—79, Schweine a 84—86, b 80 bis 82 Mark. Marktverlauf: Mäßig belebt.

Schweinepreise. Gmünd: Milchschweine 40—57. — Murrhardt: Käufer 75, Milchschweine 40—60. — Niederstetten: Saugschweine 40—55. — Riedlingen: Mutterchweine 253—295, Milchschweine 42—53 Mark.

Viehpreise. Blaubeuren: Kalbeln 480—560, Jungrinder 210 bis 300, Milchschweine 44—55. — Gmünd: 1 Farren 200—510, Rülbe 200—640, Rinder 153—530 M. d. St.

Allgäuer Butter- und Käse-Börse Kempten. 15. Jan. Molkerei-Butter 138—144, Verkauf ruhig, Qualitätszuschlag nach Statistik der Vormoche 8,6 Pfg., Weichkäse 20 Prozent Fettgehalt 29—32 (grüne Ware), Verkauf unv., Allgäuer Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 95—115, Verkauf unverändert.

Wetter für Freitag und Samstag:

Infolge der warmen Südwestströmung ist für Freitag und Samstag immer noch zeitweilig bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Antwort an Herrn Gemeinderat Hugel.

Auch nach der im gestrigen Sitzungsbericht enthaltenen Zurückweisung durch Herrn Gemeinderat Hugel, bin ich noch immer derselben Ansicht wie am 11. Dezember. Beweis dafür zu führen, wird mir nicht schwer fallen, wenn es gewünscht wird.

Seit ich nun aber auch noch weiß, daß Herr Gemeinderat Hugel den Entwurf des letzten zur Beratung gekommenen Haushaltsplanes etwa 13 Tage zu Hause hatte, ohne denselben durchgesehen zu haben, zweifle ich sogar auch an dem von ihm so vielfach erwarteten und zugemuteten starken Interesse an der Gemeindepolitik. Wegen der Unkenntnis über den Etat kam wohl auch der seinerzeitige Antrag von Herrn Gemeinderat Hugel, den Etat Punkt für Punkt durchzuberaten und unterblieb es, auf die Aufforderung des Vorsitzenden und des G.-R. Stephan die zu beanstandenden Punkte anzuführen.

G. Eisele

Schriftleiter des „Wildbader Lokal-Anzeiger“.

An den Herrn Schriftleiter

Gustav Eisele!

Herr Schriftleiter! Der Ton, den Sie einzuschlagen beabsichtigen, ist anmaßend und beleidigend.

Herr Schriftleiter! Ihre Behauptung, ich hätte den Haushaltsplan 13 Tage daheim gehabt, ohne denselben durchgesehen zu haben, ist unzutreffend.

Herr Schriftleiter! Ihre Behauptung, ich hätte kein Interesse an der Gemeindepolitik, ist unzutreffend.

Herr Schriftleiter! Ihre Behauptung, ich hätte die Durchberatung des Etats Punkt für Punkt aus Unkenntnis verlangt, ist unzutreffend; ich habe die Durchberatung Punkt für Punkt auf Wunsch meiner Wähler verlangt. War dieser Wunsch nicht einstens auch der Ihrige?

Herr Schriftleiter, überlassen Sie die Sorge, daß ein Gemeinderat sein Amt zum Wohl der Gemeinde ausübt, den Gemeindevertretern die allein zuständig sind.

Herr Schriftleiter, ich überlasse zunächst der Bürgerschaft das Urteil über Ihr Vorgehen und werde an geeigneter Stelle weitere Schritte gegen Ihre Beleidigungen unternehmen.

Gemeinderat Hugel.

W.V.W. Morgen Freitag
nachmittag 5 Uhr
bei Frau Bott, zum „Goldenen Stern“.

Für die Erweiterung des D.-F.-Nehes Höfen (Enz) sind die **Grab-, Betonier-, Maurer-, Blaster- und Kabellegungsarbeiten** auf Grund der Bedingungsordnung für Bauleistungen Ein 1960 zu vergeben. Die Unterlagen liegen von Mittwoch den 15. 1. 1930 bis Mittwoch den 22. 1. 1930 beim Postamt Höfen (Enz) zur Einsichtnahme auf, wo auch die Unterlagen zur Angebotsabgabe unentgeltlich erhältlich sind. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf die Kabelkanalarbeiten in Höfen“ versehen bis Donnerstag den 23. 1. 1930 vorm. 1/11 Uhr beim Telegraphenbauamt Tübingen einzureichen. Verspätet eingehende Angebote finden grundsätzlich keine Berücksichtigung. Der anschließend stattfindenden Angebotsöffnung können die Bewerber beiwohnen. Mit dem Angebot ist außerdem anzugeben, wo der Angebotssteller Mitglied einer Bauwerksberufs- oder Tiefbauingenieurgesellschaft ist.

Tübingen, den 14. Januar 1930.

Telegraphenbauamt.

Hausfrauenverein Wildbad.

Am Freitag den 17. Januar 1930, abends 8 Uhr
in der „Alten Linde“

Filmvortrag

„Was uns die Kaffeebohne erzählt“

Kednerin: Frau Dr. Layer-Stuttgart.

Eintritt für Mitglieder frei.

Nichtmitglieder RM. 0,50, Kinder RM. 0,20.

Frisches Rehragout
sämtliche Wildbraten
und frische See- und Flußfische
empfiehlt
Adolf Blumenthal.

Sprollenhaus, 15. Januar 1930.

Todes-Anzeige.

Heute vormittag 11 Uhr verschied unerwartet rasch meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Johanna Marie Braun
geb. Härter

im Alter von nahezu 60 Jahren.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: **Georg Braun.**

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr.

Habe mein neues Einfamilienhaus

an der Bägnerstraße
4 Zimmer, 2 Mansarden, Bad
im ganzen Haus Warmluft-
heizung (eventl. Gartenanteil)
auf 1. April
preiswert zu vermieten.
Robert Treiber, Kaufm.



Radfahrer-
Berein
Schwarzwald
Wildbad e.V.

Heute abend 8 Uhr
Ausflußzug
im Gasthaus zum „Anter“.

Drucksachen

fertigt schnell und preiswert
die Druckerel des
Wildbader Tagblatt

10 Pfd. Waschseife R.M. 3.50
Vertreter gesucht!

Seifenfabr. Blankenried, Post Oberteuringen (Wttbg.)

LUGER

frische fische
Kabeljau 38 Pf
Fisch Filet
weißfleischig, beaufertig
nur 58 Pf
frische Bäcklinge
55 Pf
frische Eier
10 Stück 1.35
5% Rabatt

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigs bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung.

